

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10/2024 vom 21. November 2024, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Philipp Deriaz Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser (bis 18:55 Uhr, bis und mit Traktandum 8), Sonja Graf, Roman Gugger (ab 17:30 Uhr, während Traktandum 5), Thomas Hiltbold, Manon Jaccard (ab 17:30 Uhr, während Traktandum 5), Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Müller Lara, Marianna Oesch Bartlome, Alex Reymondin, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Matthias Zellweger, Angelika Zimmermann
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch (ab 17:25 Uhr, während Traktandum 5), Andrea de Meuron und Eveline Salzmann (ab 17:25 Uhr, während Traktandum 5), Gemeinderat Reto Schertenleib
Ferner	Vizestadtschreiberin Gemeinderat Gabriela Meister
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Tanja Aebersold
Entschuldigt	Stadtrat Sandro Badertscher, Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Schluss der Sitzung	19:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur Stadtratssitzung. Insbesondere begrüsst er Daniela Lüpold, die neue Medienbeauftragte der Stadt Thun. Er weist darauf hin, dass das Traktandum 2 betreffend Ersatzwahl in die Spezialkommission zur Behandlung der parlamentarischen Initiative wegen einem Rücktritt hinzugekommen ist.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

122. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Oktober 2024

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

123. Spezialkommission zur Behandlung der Parlamentarischen Initiative betreffend Stärkung der Thuner Volksschule und der Schulkommission

Ersatzwahl für die zurückgetretene Natalie Althaus (Grüne)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Spezialkommission zur Behandlung der parlamentarischen Initiative betreffend Stärkung der Thuner Volksschule und der Schulkommission (PI 01/2024) wird als Mitglied anstelle von Natalie Althaus (Grüne) per sofort gewählt: Michelle Marbach (Grüne).

124. Kadettenkommission

Wahl von Nadine Hunziker anstelle der zurückgetretenen Nadia Schmidiger

Bericht des Gemeinderates Nr. 26/2024

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. Oktober 2024, beschliesst:

1. Von der Demission von Nadia Schmidiger per 10. September 2024 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Nadia Schmidiger wird Nadine Hunziker, geb. 1976, von Basel und Kirchleerau AG, Lehrerin, wohnhaft Nünenenstrasse 28, 3600 Thun, als Mitglied in die Kadettenkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

125. Schulkommission

Wahl von Niklaus Schefer (SP) anstelle von Len Graber (SP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 28/2024

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 30. Oktober 2024, beschliesst:

1. Von der Demission von Len Graber per 31. Dezember 2024 als Mitglied der Schulkommission wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Len Graber wird Niklaus Schefer, geb. 1968, von Appenzell, Gymnasiallehrer, wohnhaft Rosenweg 5, 3600 Thun, als Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab 1. Januar 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

126. Neue Tangentiallinie Thun – Steffisburg

Genehmigung der Durchführung eines dreijährigen Versuchsbetriebs durch Bewilligung zweier Verpflichtungskredite für neue Ausgaben von gesamthaft 2,118 Millionen Franken für die Betriebskosten von 2026 bis 2028 sowie für die Planung und die Realisierung der provisorischen Haltestelleninfrastruktur

Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2024

Gemeinderätin Andrea de Meuron, teilt mit, dass es ungewöhnlich ist, dass der Stadtrat beim öffentlichen Verkehr die Entscheidung fällen kann. Es handelt sich um eine gebundene Ausgabe im Rahmen des Lastenausgleichsystems. Man finanziert die Ausgaben mit, weil man keine Zuständigkeit hat im Stadtrat. Dies Geschäft ist nun doch im Stadtrat, weil es ein Testbetrieb ist. Bevor das Angebot in die Grundversorgung aufgenommen werden kann, muss man es testen. Es handelt sich um ein Proof of Concept. Dies basiert auf fachlichen Grundlagen, die im Rahmen des Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts behördenverbindlich erarbeitet worden sind. Darin wurde beschlossen, dass man eine solche Tangentiallinie nicht nur für die Entwicklungsgebiete benötigt, sondern auch um das bestehende Siedlungsgebiet besser zu erschliessen. Zudem soll der Bahnhof entlastet werden. Im Bericht Metron ist ersichtlich, dass das Potential von 19'000 Personen abgeholt wird. Dies ist die aktuelle Zahl, nicht diejenige, die man entwickeln will. Ein gutes öV Angebot soll entwickelt werden. Die Ticketeinnahmen werden zugunsten der Gemeinden erfolgen. Nun ist die Stadt Thun gefordert. Die Gemeinderäte von Thun und Steffisburg unterstützen den Testbetrieb. Sie hofft auf eine wohlwollende Ausnahme.

Valentin Borter, **SAKO FIRU**, teilt mit, dass in der SAKO erläutert worden ist, wieso man nicht spezifische Projekte abwartet. Bereits kurze Verschiebungen können das Projekt beenden oder über 10 Jahre blockieren. Dies gründet in Prozessen auf übergeordneter Ebene. Die Fragen zur Kostendeckung konnten zufriedenstellend beantwortet werden. Die Barrierefreiheit wird grösstenteils sichergestellt sein, spätestens bei einer definitiven Inbetriebnahme. Die SAKO hat dem Projekt einstimmig zugestimmt. Das Projekt hat für Thun und Steffisburg Vorteile und Entwicklungsschwerpunkte können verknüpft werden. Der Maulbeerkreisel kann entlastet werden.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, sieht das Potential der Tangentiallinie. Die Fraktion unterstützt einstimmig die Annahme des Geschäfts. Niemand soll sich danach reuig sein, dass bei den Projekten, die noch nicht ganz umgesetzt sind, gewisse Prozente nicht erreicht werden.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, nimmt vorneweg, dass die Mitglieder der Fraktion unterschiedlich abstimmen werden. Begrüsst wird, dass wichtige Teile von Steffisburg erschlossen werden. Unschön ist, wenn der Versuchsbetrieb gemacht wird, wenn der Bahnhof Nord noch nicht umgesetzt ist. Schön ist, dass zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Einsatz von 2,18 Mio. Franken ist ein hoher Betrag, vor allem wenn das definitive Projekt dann nicht umgesetzt wird. Es ist abhängig davon, wie sich die Fahrgastzahlen entwickeln werden. Ohne Versuchsbetrieb gibt es aber keinen Regelbetrieb. Innerhalb der Fraktion sind die Kriterien unterschiedlich beurteilt worden. Einige finden es positiv, dass sich etwas tut. Andere finden es zu früh.

Michael McGarty, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass das vorliegende Geschäft in der Fraktion grundsätzlich unbestritten ist. Ein 30 Minuten Takt ist zu Beginn sinnvoll. Eine Erhöhung der Frequenz auf alle 15 Minuten wird die Attraktivität wesentlich steigern. Die Etablierung einer neuen Buslinie braucht Geduld. Es sollen nicht voreilig Schlüsse getroffen werden. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, hat Freude an dem Projekt. Er kann sich durchaus vorstellen, dass in den kommenden Jahrzehnten weitere Tangentiallinien folgen werden. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, findet es ein gutes Geschäft und ein überzeugendes Konzept. Mit grosser Freude wurde auch festgestellt, dass Busse der STI teilweise mit Strom geladen werden, auch wenn es nicht diesen Versuch betrifft. Schön wäre, wenn die Linie bis zum Strandbad fortgeführt werden könnte.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt für die gute Aufnahme. Der Vorteil der Thuner Bevölkerung ist, dass das ganze Westgebiet erschlossen wird. Heute muss die Zukunft geprägt werden. Das Angebot soll bereits da sein für die neu zu erstellenden Liegenschaften. Es würde begrüsst werden, wenn das Strandbad erschlossen werden und die Frequenz erhöht werden könnte. Der Zeitpunkt wurde gut geprüft. Ursprünglich wollte man es früher umsetzen. Hand in Hand mit Steffisburg soll es nun ein Jahr später umgesetzt werden.

Der Rat genehmigt mit 36 : 3 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Oktober 2024, beschliesst:

1. Vorbehältlich der Kreditbewilligung durch das zuständige Organ der Gemeinde Steffisburg wird die Durchführung eines dreijährigen Versuchsbetriebs einer neuen tangentialen Buslinie Thun – Steffisburg mit folgenden Teilbeschlüssen genehmigt:
 - a) Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 1,5 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung Spezialfinanzierung Parkinggebühren für die Betriebskosten des dreijährigen Versuchsbetriebs.
 - b) Bewilligung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 618'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Spezialfinanzierung Parkinggebühren, Verpflichtungskredit-Nr. 4410.5010.001, Bilanzkonto Nr. 14017.01.01, für die Planung und die Realisierung der provisorischen Haltestellen.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

127. Postulat P 15/2024 betreffend Veloabstellplätze in städtischen Parkhäusern

Nathalie Althaus (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Nathalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, ist nicht ganz zufrieden und möchte auf einige Punkte eingehen. Gemäss Stellungnahme verfügt die Stadt Thun über keine eigenen Parkhäuser in der Innenstadt. Sie ist nicht einverstanden, weil vier Parkhäuser in der Mehrheit der Stadt sind. Der Verwaltungsratspräsident ist der Stadtpräsident und auch Gemeinderätin Salzmann ist im Verwaltungsrat. Nach ihrem Wissen über das Aktienrecht ist, wenn man die Mehrheit hat, auch ein gewisses Besitztum vorhanden. Man kann so Einfluss nehmen. Der Bedarf nach gedeckten Veloabstellplätzen ist in der Thuner Bevölkerung gegeben. Es geht vor allem um Langzeitparkierende wie Bewohnerinnen und Bewohner sowie Arbeitnehmende in der Stadt Thun. Die wenigsten können ihr Fahrrad drinnen parkieren. Draussen gibt es keine Sicherheit. Die Fahrraddiebstähle haben zugenommen. Es wird gesagt, dass es nicht möglich ist, dass Velofahrende und Autofahrende in einem Parkhaus verkehren können. Auf der Strasse ist das aber möglich. Man könnte auch verlangen, dass Velofahrende das Fahrrad stossen, um es abzustellen. In einem Parkhaus kostet ein Monatsabo ohne feste Zuweisung 150 Franken. In der Velostation bezahlt man für ein Monatsabo 15 Franken. Auf einem Parkplatz haben bis zu 10 Velos Platz. Wenn man das Parkfeld doppelstöckig macht, sogar etwa 30% mehr. Damit kommt man auf einen höheren Betrag als die 150 Franken. Die Parkplätze sind kaum ausgebucht ausser an speziellen Anlässen. Zuletzt wurde ausgeführt, dass Velofahrende das Velo dort abstellen wollen, wo sie hingehen. Es geht aber vorliegend um Personen, welche das Velo für eine längere Zeit abstellen wollen. Diese sind bereit, das Velo in Parkhäusern abzustellen. Sie bittet darum, das Postulat anzunehmen und nicht abzuschreiben.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, kann dem Kernanliegen einiges abgewinnen. Beim Schlossbergparking sieht sie viel Potential. Selbstverständlich darf das Parkieren etwas kosten. Fraglich ist, ob es selbsttragend ist. Für das Anliegen sind aber auch die Eigentümer von Wohn- und Geschäftsliegenschaften verantwortlich. Das kantonale Gesetz für Auto- und Veloabstellplätze ist einzuhalten. Die Stadt Thun soll bei den Abnahmen bei den Flächen für Abstellplätze und auch der diesbezüglichen Anordnung genau hinschauen, insbesondere auch bei Umnutzungen. Es sollen keine Ausnahmegesuch zum Verzicht oder Reduktion von Veloabstellplätzen wegen Unverhältnismässigkeit mehr bewilligt werden. Wird ein Defizit festgestellt, soll die Stadt Hand bieten. Die Fraktion erwartet, dass die Stadt Thun als grösste Aktionärin der Parkhaus Thun AG dem Anliegen ein gewisses Gewicht gibt. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und mehrheitlich nicht abschreiben.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, führt aus, dass es im Kanton Genf weder Unfälle noch Reklamationen gab. Es wird gewünscht, dass im Grabengut gestartet wird und es allenfalls weiter ausbaut. Auch beim Innenstadtleist gibt es einen Bedarf an gedeckten Veloabstellplätzen. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu und schreibt es nicht ab.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die Beantwortung des Postulats nicht zufriedenstellend. Es wurden nur die Probleme aufgeführt. Mit ein bisschen Willen und Mut wäre mehr möglich. Man hätte sich mehr mit dem positiven Beispiel aus Genf befassen sollen. Schade ist, dass keine Alternativen aufgezeigt worden sind. Bei Annahme des Vorstosses wird eine lösungsorientierte Prüfung erwartet. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben, weil der Prüfauftrag nicht erfüllt ist.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet den Titel verwirrend. Es gibt keine städtischen Parkhäuser. Ohne grosse baulichen Massnahmen und ohne, dass grosse verkehrstechnische Schwierigkeiten entstehen, können in einem Parkhaus keine Veloabstellplätze geschaffen werden. Der Velofahrer wird es nicht nutzen, weil er zu bequem ist. Es würde ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis entstehen. Eine getrennte Verkehrsführung, die im Nachhinein sicherlich verlangt werden würde, ist nicht möglich. Im

Zusammenhang mit dem Parkhaus City West wurden fast sämtliche oberirdischen Parkplätze aufgehoben. Nun sollen die Autos auch noch aus den für sie gebauten Parkhäusern entfernt werden. Die Stadt Thun ist nicht zuständig für die Abstellmöglichkeiten meines Fahrrades. Wenn man an einen Ort hinzieht, muss man sein Verkehrsmittel entsprechend wählen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab und würde es bei einer allfälligen Annahme abschreiben.

Matthias Zellweger (Parteilos) teilt mit, dass der Name Parkhaus eine veraltete Bezeichnung ist. Neu spricht man von einem Mobilitätszentrum. Da sind auch Velos gemeint. Diese Mobilitätszentren werden künftig als temporär angeschaut. Grund dafür ist, weil sie in der städtebaulichen Entwicklung in zentrumsnahen Situationen als einzig veränderbares Element gelten. Die Gesellschaft verändert sich mit der Mobilität. Man hat sich nicht für Autos, sondern für Mobilität entschieden.

Gemeinderat Reto Schertenleib stellt mittlere Zufriedenheit fest. Er erörtert, dass die Stadt Thun Mehrheits- und nicht Alleinaktionärin ist. Die Parkhäuser gehören also nicht der Stadt Thun. Es ist vermessen, anzunehmen, dass man aufgrund der Mehrheitsbeteiligung und zwei Mitgliedern im Verwaltungsrat gestalten und walten kann, wie man will. Dies können, wollen und dürfen wir nicht, rein aufgrund der Gleichbehandlung der Aktionäre. Die Parkhaus Thun AG will keine Kompromisse bei der Sicherheit haben. Das Geschäftsmodell ist, Parkplätze gegen Geld zur Verfügung zu stellen. Das Hauptinteresse der Parkhäuser sind nicht die Dauermieter, sondern die Kurzzeitvermietungen. Die Anforderungen an die Stadt Thun von Stadträtin Zimmermann werden zur Kenntnis genommen. Stadträtin Jaccard teilt er mit, dass man mit dem Innenstadtleist im Austausch ist. Stadträtin Meier teilt er mit, dass Alternativen gerne beim Tiefbauamt eingegeben werden können. Aktuell wird das ehemalige Swisscom-Gebäude an der Gewerbestrasse entwickelt. Diese Investoren lassen zurzeit auf eigene Kosten mit dem Einverständnis der Parkhaus Thun AG eine Vorstudie zur Auslagerung der Veloabstellplätze ins Parkhaus City West erarbeiten. Diese könnte Erkenntnis geben, was dies kostenmässig bedeuten könnte. Er ist der Auffassung, dass das Geschäft umfassend geprüft worden ist, empfiehlt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Der Stadtpräsident äussert sich in seiner Position als Verwaltungsratspräsident der Parkhaus Thun AG. Er teilt mit, dass es sich um Parkhäuser für Autos handelt. Die Erstellung und der Betrieb werden von Autofahrerinnen und Autofahrern bezahlt. Die AG ist aber sehr aufgeschlossen für neue Mobilitätsformen. Man kann im Parkhaus sehen, wie die AG mit Elektromobilität umgeht. Auch für die Velomobilität ist man offen. Das Problem ist die Sicherheit. Es ist unglaublich, was die Autofahrerinnen und Autofahrer teilweise machen in diesen Parkhäusern. Dies ist bereits gefährlich, wenn niemand dort ist. Die Gefahr ist unvorstellbar, wenn noch Velofahrer da wären. Es kann nicht das Risiko eingegangen werden, dass wir für Unfälle haften. Wir sind aber offen. Auch die Lifte im Schlossberg wurden so konzipiert, dass Fahrräder hineinpassen. Dies wurde nicht wegen den Kundinnen und Kunden der AG gemacht. Diese haben keine Velos dabei. Bei der Sicherheit können aber keine Kompromisse gemacht werden. Zweitens können die Dienstleistungen nicht kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung muss geklärt werden. Die Aktionäre müssen gleichbehandelt werden. Es besteht eine grosse Offenheit gegenüber diesen Anliegen und neue Mobilitätsformen. Die Gewährleistung der Sicherheit und die betriebswirtschaftliche Ausgeglichenheit müssen aber erfüllt sein.

Natalie Althaus Spinnler, **Fraktion Grüne**, teilt Stadträtin Zimmermann mit, dass dies der liberale Gedanken ist, dass die privaten Wohneigentümer dafür besorgt sein müssen. Leider ist das in so engen Verhältnissen wie der Innenstadt oft nicht möglich. Hier hat die Stadt eine Verantwortung. Der Veloverkehr muss nicht nur im Verkehr, sondern auch für das Parkieren attraktiv sein. Stadtrat Aegerter teilt sie mit, dass kein einziges Auto wegen einem Velo seinen Platz verliert. Die Parkhäuser sind nicht voll ausgelastet. Vielleicht sollte die Parkhaus Thun AG, wie von Stadtrat Zellweger vorgeschlagen, umgetauft werden zu Mobilitätszentrum. Dann wäre offensichtlich, dass man verschiedene Verkehrsteilnehmer berücksichtigt. Sie sagte nie, dass die Parkhaus AG der Stadt gehört, sondern dass sie Mehrheitsaktionärin ist. Betreffend Wirtschaftlichkeit ist festzuhalten, dass es kein Gratisangebot sein soll.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 30 : 9 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 30 : 9 Stimmen nicht ab.

128. Postulat P 18/2024 betreffend Bekämpfung der Lichtverschmutzung in der Stadt Thun

Thomas Lanz (Grüne) und Fraktion Grüne vom 4. Juli 2024; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmann erläutert, dass die alten Leuchten fortlaufend durch neue LED-Lampen ersetzt werden. Es gibt eine Richtlinie zu Reklamen und entsprechende Vorschriften im Baureglement. Betreffend Ziffer 1 gibt es kantonale Bestimmungen zu Leuchtreklamen und Schaufensterbeleutungen. Es gibt eine Übergangsfrist von fünf Jahren. Ein koordiniertes Vorgehen im Kanton und eine einheitliche Anwendung ist wichtig. Dasselbe gilt für die Ausnahmen. Die bernische Ortspolizeivereinigung ist am Erlass der Vollzugshilfen. Betreffend Ziffer 5 gelten bei der Abschaltung von Licht auf Kantonsstrassen strenge Vorgaben, die aufwändig in der Umsetzung sind. Die öffentliche Beleuchtung in der Stadt Thun ist in zehn einzelne Schaltkreise aufgeteilt. Jeder Kreis beinhaltet Kantons- und Gemeindestrassen. Diese können nicht separat an- und abgeschaltet werden. In der Bevölkerung gibt es ein grosses Sicherheitsbedürfnis. Es gibt viele Anfragen betreffend Beleuchtung. Teilweise kann eine Beleuchtung schnell und unkompliziert verbessert werden. In der Sicherheitsbefragung vom Jahr 2022 konnte man sehen, dass die Leute unsicher sind, wenn es dunkel ist. Dies betrifft vor allem die Frauen. Dem Aspekt muss man Rechnung tragen. Das Sicherheitsbedürfnis, die Haftungsfragen bei Unfällen und die ablehnende Haltung der Kantonspolizei sprechen gegen eine Abschaltung. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme und Abschreibung des Postulats.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, will nicht, dass die Sicherheit der Frauen reduziert wird. Er will auch nicht absprechen, dass Frauen im öffentlichen Raum ein schlechteres Sicherheitsgefühl haben. Dort gibt es umsetzbare Lösungen, beispielsweise mit smarter Beleuchtung durch Bewegungsmelder. Dadurch kann das Sicherheitsgefühl erhöht, aber auch Energie eingespart und die Lichtverschmutzung reduziert werden. Gemäss BAFU konnte seit 1990 kein Quadratkilometer völlige Dunkelheit mehr gefunden werden konnte. Die Lichtverschmutzung hat sich seit 1990 gar verdoppelt. Dies hat einen Einfluss auf nachaktive Tiere. Auch wir Menschen sind davon betroffen. Insbesondere der Schlafrhythmus wird beeinträchtigt. Mit der Reduktion von Lichtverschmutzung können auch Energie und Kosten eingespart werden. Der Kanton hat dies in der letzten Revision des Energiegesetzes aufgenommen. In der kantonalen Energieverordnung ist das Lichterlöschen definiert. Von Seiten der Stadt Thun wartet man auf die Vollzugshilfen. Es ist unklar, wie diese aussehen und wie die Umsetzung von statten geht. Zudem ist das Engagement der Stadt Thun beim Anlass der Nacht der Sterne sehr bescheiden. Es kann eine Sensibilisierung der Bevölkerung durch das Abschalten der öffentlichen Beleuchtung erreicht werden. Die Kantonspolizei hat stricke Vorschriften. Die Fraktion erwartet von der Stadt Thun, dass sie sich beim Kanton einsetzt, damit er die Vorgaben verhältnismässig umsetzt. Im Kanton Genf, wo diese Aktion herkommt, war dies kein Problem. Die Fraktion nimmt das Postulat an und stellt den Antrag auf Nichtabschreibung.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, steht dem Anliegen positiv gegenüber. Der Verbrauch und die Verschwendung von Energie muss minimiert werden. Es ist angebracht, die Menschen zu sensibilisieren. Der Ersatz von älteren Lichtmitteln wird begrüsst. Ebenso, dass Schaufenster in der Nacht nicht beleuchtet werden. Das Sicherheitsgefühl ist wichtig. Im Dunkeln ist dies gerade bei Frauen eingeschränkt. Die Wahrnehmung beruht auf subjektivem Befinden. Es ist wichtig, dass die Strassen und Gassen in der Stadt Thun in der Nacht beleuchtet werden. Die Fraktion wünscht sich seit Jahren eine geschlechtergerechte Stadt. Die Nacht der Sterne findet sie eine schöne Idee. Die Personensicherheit geht vor. Sie fragt, warum die Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden wie dem Schloss nach 22 Uhr noch eingeschaltet ist. Die Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich annehmen und einstimmig abschreiben.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, begrüsst, dass der Gemeinderat die Problematik der Lichtverschmutzung erkannt und einige Massnahmen bereits umgesetzt hat. Betreffend Beleuchtung von Reklamen und Schaufenstern braucht es keine kommunale Lösung, das dies kantonale geregelt und ab 2028 umgesetzt wird. Ein wichtiger Faktor ist der Sicherheitsaspekt. Dieser wird höher gewichtet als der ökologische Aspekt. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und das Postulat annehmen und abschreiben.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, hat das Gefühl, dass die Vorstösler die Antwort nicht lesen oder den Ausführungen des Gemeinderates nicht folgen können. Beispielsweise wird moniert, dass es unklar sei, wie die kantonalen gesetzlichen Vorgaben betreffend Ausschaltung der Schaufensterbeleuchtungen umgesetzt werden sollen. Der Gemeinderat weist auf die rechtlich verbindliche Übergangsfrist von fünf Jahren hin und dass ab dem 1. Januar 2028 ein allgemeines Lichterlöschen gelten soll. Dem Gemeinderat wird weiter unterstellt, dass das Engagement anlässlich der Nacht der Sterne bescheiden sei. Er verzichtet auf das Zitieren der Antwort unter Punkt 5. Deutlicher und ausführlicher kann man nicht erklären, weshalb eine vollständige Ausschaltung der Lichter auf öffentlichen Strassen nicht umgesetzt werden kann. Die Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die öffentliche Sicherheit viel mehr gewichtet, als die im Verhältnis relativ geringe Einsparung von Energie. Der Anteil der öffentlichen Beleuchtung beträgt nur 3,7% vom Stromverbrauch der Stadt Thun. Das Schloss ist ein Wahrzeichen von Thun. Da kann man sich auch fragen, ob die farbige Beleuchtung beim Mokka notwendig ist. Die Fraktion stellt aber erfreulich fest, dass bereits 41% der alten Natriumdampfleuchten durch intelligente LED-Leuchtmittel ersetzt worden sind. Die Vorstösler verlangen unter Punkt 2 ein Verbot von störenden und blinkenden Lichteffekten. Bereits heute werden Leuchtreklamen nicht bewilligt. Dasselbe gilt für den 3. Prüfauftrag. Die Regelung der maximalen Leuchtintensität ist im neuen Baureglement bereits umgesetzt. Auch der 4. Punkt im Postulat ist als Prüfauftrag unnötig. Smarte Leuchtmittel entsprechen bereits der Realität. Der Einsatz von Bewegungssensoren hat aber für Anwohner eine negative Auswirkung. All das hätten Erkundigungen im Vorfeld bereits abgedeckt. Die Fraktion lehnt das Postulat ab und wird es bei einer allfälligen Annahme abschreiben.

Lara Müller, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass die Umsetzung der geplanten Massnahmen ein wichtiger Schritt für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist. Sie erfordert aber auch eine sorgfältige Abwägung, vor allem betreffend Sicherheit und Akzeptanz der Bevölkerung. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist froh, dass das Thema Sicherheit von Frauen Platz gefunden hat. Sie weist darauf hin, dass die Beleuchtung zwischen Bahnhof und Akut den Bahngleisen entlang sehr zu wünschen übrig lässt. Wenn man mit der Grundeigentümerschaft punkto Beleuchtung etwas erreichen könnte, wären die Leute, die das Akut besuchen, sehr froh.

Gemeinderätin Eveline Salzmann dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme und dass die Ausführungen gerade zu Ziff. 5 nachvollzogen werden konnten. Die Energie Thun AG hat weniger gute Erfahrungen mit Bewegungsmeldern gemacht. Die Rückmeldungen der Anwohner waren nicht gut. Gemäss ihrer Ansicht werden seit der Strommangellage die Beleuchtungen im Schloss und Rathaus ab 22 Uhr abgeschaltet. Oft erhält sie auch gegenteilige Anfragen, wieso das Schloss als Wahrzeichen nicht die ganze Nacht beleuchtet wird. Sie nimmt den Punkt von Stadträtin Kropf auf.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, antwortet Stadtrat Aegerter. Er hat die Stellungnahme mehrmals durchgelesen und auch verstanden. Stadtrat Aegerter sollte richtig zuhören und die Argumente richtig verstehen. Ihm ist die Umsetzung der kantonalen Vorschrift klar. Die zu erarbeitenden Vollzugshilfen sind aber noch unklar. Auch betreffend Engagement beim Anlass Nacht der Sterne hat die Fraktion durchaus verstanden, dass es aufwändig ist. Die Fraktion fordert aber, dass sich die Stadt Thun beim Kanton einsetzt, dass dieser Verhältnismässigkeit walten lässt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 30 : 9 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 31: 8 Stimmen ab.

129. Postulat P 20/2024 betreffend Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen gegen den Verkehrslärm

Barbara Lehmann Rickli (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte, Alice Kropf (SP) vom 22. August 2024; Beantwortung

Gemeinderätin Eveline Salzmann erhält beim Lesen des Postulats den Eindruck, als wäre dem Gemeinderat und der Abteilung Sicherheit das Thema Autoposer und Verkehrslärm egal. Dem ist nicht so. Die Stadt Thun hat im Kanton Bern eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des Autoposerlärms. Seit 2015 kauft die Stadt zwischen 500-1'000 Stunden pro Jahr bei der Kantonspolizei ein für kontrollierte Verkehrskontrollen. Verdächtige Autos werden im Strassenverkehrszentrum kontrolliert. Es wurden viele Anzeigen gemacht, Fahrzeugausweise entzogen und Fahrzeuge stillgelegt. Die Polizei macht auch spontane Aktionen. Der Polizei in Thun ist klar, dass das Thema wichtig ist. Bis Ende September 2024 wurden 57 gezielte und spontane Massnahmen gegen Autoposerlärm oder zu schnell fahrende Autos gemacht. Daraus sind 103 Anzeigen wegen Lärm, durchdrehen der Räder, unnötigem Herumfahren und Geschwindigkeitsüberschreitungen resultiert. Zudem gab es eine Plakataktion. Wenn gemeldet wird, dass an einem Ort regelmässig zu schnell gefahren wird, werden zuerst sichtbare und danach verdeckte Messungen gemacht. Wenn die verdeckten Messungen bestimmte Vorgaben erfüllen, wird der Auftrag für Radarmessungen gegeben. Die Stadt interessiert sich für das Thema Lärmblitzer. Leider war eine Partizipation nicht möglich. Dieses Projekt wurde vom Bundesrat vorerst sistiert, um die Machbarkeit zu prüfen. Wenn jemand ein Auto sieht, dass zu laut ist, kann man sich das Kennzeichen merken und Anzeige erstatten. Für zusätzliche Ideen ist der Gemeinderat dankbar. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme und Abschreibung des Postulats.

Barbara Lehmann Rickli, **Fraktion FDP/Die Mitte**, muss aufgrund von zahlreichen Meldungen von Anwohnern annehmen, dass die Stadt zu wenig unternimmt. Der Gemeinderat führt aus, dass der Einsatz von Lärmradargeräten von Entscheidungen auf eidgenössischer Ebene abhängt und eine gesetzliche Grundlage fehle. Aber die Kantonspolizei kann schon heute mit Lärmmessgeräten Messungen vornehmen. Wenn es an einer gesetzlichen Grundlage fehlen würde, müssten zahlreiche Freisprüche ergehen. Es wäre interessant zu hören, wie viele Verurteilungen und Freisprüche es gibt. Auf die finanziellen Ausgaben für Plakatkampagnen könnte verzichtet werden. Die Plakate werden meist nicht von den Personen gelesen, die betroffen sind. Den Einsatz von Lärmdisplays kann man prüfen. Der Gemeinderat wirft den Postulantinnen und Postulanten vor, keine Vorschläge zur Problemlösung zu machen. Die Legislative gibt der Exekutive Aufträge. Diese Kompetenzordnung gilt auch hier. Es ist nicht die parlamentarische Aufgabe, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Selbstverständlich wäre es ein Hohn, wenn sie die Patentlösung hätte und diese nicht rausrückt. Diese hat sie aber nicht. Es sollten genügend finanzielle Mittel vorhanden, um mehr Ressourcen beim Kanton einzukaufen. Schutz und Sicherheit der Bevölkerung ist eine Kernaufgabe der Stadt. Die Ablehnung des Antrags würde bedeuten, dass Straftaten in Kauf genommen und geduldet werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Simon Badertscher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, findet die getroffenen Massnahmen geeignet. Die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei funktioniert gut. Die geplanten und spontanen Aktionen insbesondere gegen Autoposer werden begrüsst. Die Fraktion anerkennt, dass die Stadt Thun zu den ersten im Kanton Bern gehörte, die den Kampf gegen Autoposer aufgenommen hat und weiterkämpft. Erwähnenswert ist, dass Temo 30 Zonen ein wesentliches Element sind, um Verkehrslärm zu begrenzen. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und das Postulat annehmen und mehrheitlich auch abschreiben.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet den Vorstoss nichts anderes als eine schlechte Neuauflage des Vorstosses 6/2020. Die Auflistung von klar definierten Strassen oder Bereichen ist zu eng. Das zitierte

Postulat wurde allgemeiner gehalten. Auch die Tonalität ist unverständlich. Dem Gemeinderat wird vorgeworfen, nichts gegen die unbestritten unsittigen Lärmemissionen zu unternehmen. Seine subjektive Wahrnehmung ist, dass eine Reduktion des Lärmpegels erzielt werden konnte. Die Belastung ist nicht auf null gesunken. In regelmässigen Abständen werden entsprechende Medienmitteilungen gemacht. Es werden Anzeigen gemacht und Fahrzeuge eingezogen. Jeder Bürgerin und jedem Bürger steht es offen, eine Anzeige zu machen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab und würde es bei einer allfälligen Annahme abschreiben.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne**, unterstützt das Ziel, den Verkehrslärm zu reduzieren. Bis jetzt wurde viel unternommen. Das Thema ist bei der zuständigen Direktion auf dem Radar. Die Lärmmessungen allein lösen das Problem nicht. Die Lebensqualität soll nachhaltig verbessert werden. Es bedarf weitere Massnahmen wie Tempo 30 Zonen. Auch der Lärm durch Motorräder trägt zur Belastung der betroffenen Gebiete bei. Man muss am Thema dranbleiben. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, sagt, dass sich das Thema aus ihrer Sicht nicht verbessert hat. Sie unterstützt die sinnvolle Polizeipräsenz. Sie begrüsst explizit, dass Lärmdisplays eingesetzt werden sollen. Dadurch kann dank Sensibilisierung eine präventive Wirkung erzielt werden. Und aufgrund der erhobenen Daten können evidenzbasiert räumliche Schwerpunkte von Kontrollen gesetzt werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag auf Nicht-Abschreiben. Sie hat folgende Vorschläge: 30er Zonen oder Begegnungszonen, wenn sinnvoll vorsehen und wo 30er Zonen bereits bestehend attraktiver gestalten und besser markieren. Die Stadt soll einen runden Tisch einberufen mit relevanten Thuner Autogaragen und Importeuren. Es soll eine Sensibilisierung von Schulen, insbesondere an der IDM und Anwohnerinnen und Anwohner erfolgen. Viele Leute wissen nicht, dass sie Lärmbelästigungen melden können und wo sie dies machen können. Das Problem wird nicht nur von Autos, sondern vor allem in den wärmeren Jahreszeiten in hohem Ausmass auch von Motorrädern verursacht. Und 99% der Verursacher sind Männer. Es ist also ein Männerproblem. Um das Problem längerfristig lösen zu können, muss man bei Männlichkeitsbildern ansetzen. Dies kann aber nicht allein die Aufgabe der Stadt sein, sondern von uns allen.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass dies auch ein Problem mit dem heute dringlich eingereichten Postulat sein könnte, wenn es nicht nur um Männer, sondern um eine spezifische Gruppe in der Bevölkerung geht. Man könnte es noch etwas genauer definieren.

Gemeinderätin Eveline Salzmann führt aus, dass einige Präventivkontrollen durchgeführt werden, nicht nur auf den Lärm bezogen. Die Stunden müssen verteilt werden. Alle Anliegen müssen berücksichtigt werden. Lärmmessungen werden im Strassenverkehrsamt und nicht auf den Strassen durchgeführt. Hinzuweisen ist noch darauf, dass die meisten Änderungen legal sind, auch wenn sie zu mehr Lärm führen. Gegen diese kann man nichts machen. Dies müsste auf bundesrechtlicher Ebene geändert werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 28 : 11 Stimmen als erheblich und schreibt es mit 22 : 17 Stimmen nicht ab.

130. Postulat P 17/2024 betreffend Prüfung der Gesamtkosten zur Erreichung des Zieles Netto 0 bis 2035 in der Verwaltung der Stadt Thun

Mark van Wijk (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte und Mitunterzeichnende vom 13. Juni 2024; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron teilt mit, dass Sanierungen berücksichtigt werden sollen, damit Heizungen nicht überdimensioniert sind. Betreffend Kostenwahrheit ist festzuhalten, dass bei

Investitionen Kosten im Unterhalt gespart werden sollen. Die Bereiche Gebäude und Fahrzeuge sind relevant. Es ist wichtig, dass der Lebenszyklus berücksichtigt wird. Die Heizungen leben in der Regel 20 Jahre, Fahrzeuge 12 Jahre. Theoretisch kann man Netto 0 bis 2030 beschliessen. Dann würde man zahlreiche Spezialfahrzeuge ersetzen, bevor die Lebensdauer abgelaufen ist. Man würde graue Energie vernichten. Deshalb hat man Netto 0 bis 2035 beschlossen. Man spricht von 11 Jahren. Wenn die Gesamtkosten aufgezeigt werden sollen, dann weist sie darauf hin, dass es ein jährliches Budget gibt. Der Aufgaben- und Finanzplan geht bis 2025. Gesamtkosten können nicht aufgezeigt werden für Zeitbereiche, die über unsere Planungszeit hinausgehen. Man weiss auch die künftigen Strompreise nicht. Das wären rein modellierte Kosten. Bei Sanierung einer Fassade beispielsweise ist unklar, was für das Ziel Netto 0 ist und was für den Werterhalt. Sie muss die Erwartung kennen. Die Zahlen müssen aufwendig berechnet werden. Als finanzkompetentes Organ kann der Stadtrat jährlich im Rahmen des Budgetprozess sehen, was geplant ist. So funktioniert auch der Gemeinderat. Fraglich ist auch, ob es finanziell machbar ist. Die finanzpolitischen Vorgaben werden eingehalten. Es gibt eher ein Problem, dass der Realisierungsgrad nicht erreicht wird. Der Gemeinderat ist deshalb für die Annahme aber auch Abschreibung. Das ist eine Daueraufgabe. Ein Preisetikett kann nicht geliefert werden. Sie will wissen, was im Fall von Nichtabschreiben gewünscht wird.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass nur ein Teil der Gebäude der Stadt in den nächsten 10 Jahren neu erstellt werden. Nur 24 Objekte sind im Rahmen der ordentlichen Sanierung ausgewiesen. 33 Objekte sind nicht gesamtheitlich betrachtet worden. Dort wurde auch nur der Heizungersatz betrachtet. Es mag erstaunen, dass der Gemeinderat eine solche Klimastrategie beschliesst, ohne zu wissen, was dies kostet. Er findet dies nicht seriöse Planungsarbeit. Er verlangt kein Preisschild auf den Rappen genau. Er erwartet eine annähernde Zahl, was die Umsetzung etwa kosten wird. Uns läuft die Zeit davon. Eine Abschreibung des Postulats ist nicht opportun, weil die Kernfrage nicht zufriedenstellend beantwortet worden ist. Die Fraktion wird das Geschäft annehmen.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, hat sich gefragt, was die Absicht des Postulats ist. Dies könnte sein, darzustellen, dass die Kosten zu hoch sein könnten. Vielleicht soll der Vorstoss Kosten-Nutzen intelligent einzustufen und dazu beitragen, dass die Hebelwirkung maximal wird. Die Fraktion geht von zweitem aus, da dies ihre Absichten am besten trifft. Zuwarten ist keine Option. Glauben, dass Netto 0 ohne Kosten geht, wird als verfehlt angeschaut. Günstiger wird es nicht. Warten heisst höhere Kosten. Bei Investitionen gibt es auch immer Schattenkosten. Diese entstehen, wenn man Investitionen nicht macht. Beim Allgemeingut wie dem Klima kann man dies kaum bemessen. Die Frage nach den Kosten kann man stellen, aber sie ist nicht zielführend. Die Fraktion teilt die Haltung, dass die Ressourcen geschickt eingeteilt werden müssen, damit die Wirkung maximal ist. Es braucht eine ganzheitliche Betrachtung. Die Fraktion ist für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, versteht die Intention der Postulantinnen und Postulanten wie aber auch die Beantwortung. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ausreichend. Die Fraktion ist für die Annahme und Abschreibung.

Malenka Schmutz, **Fraktion Grüne**, sieht die Schwierigkeit, die Gesamtkosten auszuweisen. Die Aspekte sind schwierig zu beziffern, obwohl der Wert für die Bevölkerung gross und unbestritten ist. Es werden grosse Investitionen notwendig sein. Nicht zu handeln, kostet am Schluss noch mehr. Die Ressourcen sollen dafür eingesetzt werden, Massnahmen umzusetzen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, findet es wichtig, dass der Gemeinderat sich über die Gesamtkosten Gedanken macht. Die Fraktion unterstützt das Postulat. Ein Grossteil der Fraktion erachtet den Prüfauftrag als erfüllt und wird das Postulat abschreiben. Eine Minderheit wird es nicht abschreiben.

Marc Fritschi (Parteilos) respektiert demokratische Entscheidungen. Die Stadt Thun will Netto 0 in der Verwaltung einführen bis 2035. Dies obwohl wir genau wissen, dass sich die Temperaturen und Niederschläge in Thun nicht verändern werden, egal ob man es macht oder nicht. Es ist ein Wohlfühlprogramm für Politiker auf Kosten der Steuerzahler. Es gibt Mehrkosten, wenn man nicht die betriebswirtschaftlich sinnvollen Investitionen macht, sondern Wohlfühlprogramme finanziert. Die Betriebskosten sind die grosse Blackbox bei den Energiepreisen. Es gibt ein ungutes Gefühl, wenn Geld ausgegeben wird für etwas, das nicht so gut funktioniert. Er versteht, wenn man die Kosten nicht genau eruieren kann. Für die Umsetzung des Postulats, wenn es nicht abgeschrieben wird, fordert er, dass man im Budget ausweist, was die Auswirkungen der Netto 0 Ideologie sind. In dem Sinn wird er das Postulat unterstützen und nicht abschreiben.

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass das Amt für Stadtliegenschaft seriöse Arbeit macht. Die Klimastrategie ist nicht eine Gebäudesanierungsplanung. Betreffend Heizungsersatz wurde umgestellt auf Biogas, wie dies politisch gefordert wurde. Auch dort plant man, davon wegzukommen, wenn der Lebenszyklus berücksichtigt wird.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet es vernünftig, dass der Lebenszyklus berücksichtigt wird. Bis im Jahr 2035 muss alles weg sein, was die Umwelt belastet. Das ist eine kurze Zeit und soll mit einem Preisetikett aufgezeigt werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig mit 28 : 10 Stimmen ab.

131. Fragestunde F 22/2024 betreffend Weihnachtsbeleuchtung

Thomas Bieri (SVP) vom 19. November 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

132. Fragestunde F 23/2024 betreffend Entwicklung Meyer Burger AG

Mark van Wijk, FDP, Fraktion FDP/Die Mitte, vom 19. November 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

133. Fragestunde F 24/2024 betreffend Café Thunerhof

Thomas Bieri (SVP), SVP-Fraktion, Nina Siegenthaler (SP), Nicolas Glauser (GLP), Mark Van Wijk (FDP), Alois Studerus (die Mitte), vom 19. November 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

134. Fragestunde F 25/2024 betreffend KMU-Forum

Fraktion SVP, Mark van Wijk (FDP), vom 19. November 2024; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

135. Postulat P 24/2024 betreffend ausschliessliche Nutzung moderierter Social-Media-Plattformen durch die Stadt Thun sowie das Unterlassen von rassistischen Inhalten

Franz Schori (SP), SP-Fraktion vom 21. November 2024; Dringlichkeitsbeschluss

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erschreckt, dass die Stadt Thun auf Tiktok mit einem rassistischen Ausdruck kommuniziert. Es braucht dringliche eine politische Aufarbeitung. Es ist skandalös.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass die Stadt Thun gemäss einem jüngsten Zeitungsbericht mit einem Vergleich unter verschiedenen Städten im Bereich Social Media vieles richtig macht. Das zeigt, dass es nicht ein dringliches Problem ist. Man kann über die Strategie sprechen. Der Gemeinderat distanziert sich von allen diskriminierenden oder rassistischen Inhalten. Das Wort, das hier vorkommt, war Platz 2 des Jugendworts des Jahres. Das Video ist bereits deaktiviert. Es hatte 11'000 Likes und grossmehrheitlich positive Kommentare. Wenn man Vorstösse macht, gibt dies Aufmerksamkeit. Dies bewirkt das Gegenteil. Man kann sich gerne an ihn wenden, wenn man mit einem Post nicht einverstanden ist. Der Gemeinderat empfiehlt, die Dringlichkeit nicht anzunehmen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 22 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

136. Interpellation I 12/2024 betreffend Eisbaden in Thun

Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne vom 21. November 2024; Dringlichkeitsbeschluss

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, teilt mit, dass der Vorstoss das Eisbaden betrifft, welches man im Winter ausübt. Da der Winter bereits startete, möchte man die Antworten bald vorliegen haben.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass sich der Gemeinderat der Dringlichkeit nicht widersetzt.

Stadtratsbeschluss

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit 20 : 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident macht auf das Schlussessen nach der Sitzung am 20. Dezember 2024 aufmerksam. Er bedankt sich für die Sitzungsdisziplin und wünscht allen bis dahin eine schöne Adventszeit.

Eingänge

- Parlamentarische Erklärung PE 01/2024 betreffend "Aufwertung" für das Thuner Rathaus; Peter Aegerter (SVP), Mathias Berger (SVP), Thomas Bieri (SVP), Valentin Borter (SVP), Sonja Graf (SVP), Christoph Lauener (SVP), Lara Müller (Die Mitte), Alexandre Reymondin (SVP), Leonardo Schlatter (SVP), Alois Studerus (Die Mitte), Mark van Wijk (FDP) vom 21. November 2024
- Postulat P 24/2024 betreffend ausschliessliche Nutzung moderierter Social-Media-Plattformen durch die Stadt Thun sowie das Unterlassen von rassistischen Inhalten; Franz Schori (SP), SP-Fraktion vom 21. November 2024
- Dringliche Interpellation I 12/2024 betreffend Eisbaden in Thun; Thomas Lanz (Grüne), Fraktion Grüne vom 21. November 2024
- Interpellation I 13/2024 betreffend Negativstrompreise der Energie Thun AG; Mark van Wijk (FDP), Valentin Borter (SVP), Fraktion FDP/Die Mitte, vom 21. November 2024

Der Stadtratspräsident



Philipp Deriaz

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder